

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 10, 20. Mai 1998

rechts

Einblicke

Vorbildlich handeln

Von Siegfried Vergin

Es gibt eine Gefahr für die Demokratie. Wer das noch bestreitet oder herunterspielt, macht sich selbst mitschuldig. Der im Verfassungsschutzbericht ausgewiesene Anstieg der rechtsextremistisch motivierten Straftaten um 34 %, der Gewalttaten um 27 %, der fremdenfeindlichen Gewalttaten um 24,4 % belegt, wie ernst die Gefahr ist, besonders in den neuen Bundesländern.

Rechtsextremismus als „Jugendmode“ vermischt sich mit rechtsextremen Orientierungen. Besonders brisant wird dies, wenn rechtsextreme Jugendliche den Eindruck gewinnen, die Mehrheitsmeinung der Erwachsenen zu vertreten. 17 % der Wähler in Ost- und Westdeutschland umfaßt das rechtsextreme Einstellungspotential. Es kann leicht zum Wahlpotential mutieren.

Für die Zukunft der Demokratie wird entscheidend sein: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen nicht auf die Gleichgültigkeit des Umfeldes zählen, sondern müssen umgehend und konsequent strafrechtlich geahndet werden. Die Ursachen, also auch Massenarbeitslosigkeit und Zukunftsangst, müssen angegangen werden. Die Bekämpfung muß umfassender sein als der Bundesinnenminister sie begreift. Deshalb ist es nötig, die politische Bildung zu intensivieren, um die politische Beteiligung, aber auch die Sensibilität gegenüber Rechtsextremismus zu vergrößern. Dazu gehört die stärkere Einbindung von Jugendlichen in den politischen Prozeß und ein ausreichend vorhandenes Angebot der Jugendsozialarbeit. Defizite bei der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und Sozialarbeitern müssen behoben werden. Aber auch eine veränderte Aus- und Weiterbildung von Polizeibeamten, Richtern, Staatsanwälten, Beschäftigte der Ausländerbehörden und der Arbeitsämter gehört dazu. Ihnen allen müssen Kenntnisse vermittelt werden, wie Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu bekämpfen sind.

Für alle politischen Entscheidungsträger gilt: Verantwortungsvoll reden und handeln ist Teil politischer Vorbildfunktion.

Wachsende Gewalt

Der von Bundesinnenminister Kanther vorgelegte Verfassungsschutzbericht für 1997 weist eine deutliche Zunahme im rechtsextremistischen Bereich aus. Der Bericht scheint allerdings aktuellen Erkenntnissen hinterherzuhinken. **Seite 2 ■**

Zerreißprobe

In der Führungsspitze der „Republikaner“ ist – wieder einmal – erbitterter Streit um den Kurs der Partei entbrannt. **Seite 3 ■**

Brücken bauen

Wuppertal feiert im Juni den 20. Jahrestag der – aktiv gelebten – Städtepartnerschaft mit der israelischen Wüstenstadt Beer Sheva. **Seite 4 ■**

Solidarität mit Irak

Einigendes Feindbild für Rechtsextremisten ist die westliche Wertegemeinschaft einschließlich Israel. **Seite 6 ■**

Antimoderner Klassiker

Das Werk des italienischen Kulturphilosophen Julius Evola ist ein Plädoyer gegen Demokratie und Gleichheit. **Seite 8 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Verfassungsschutz

In einem Topf

Extremisten von links und rechts kämpfen gegen die Demokratie und gefährden damit die innere Sicherheit. Auf diese Kurzformel bringt Bundesinnenminister Manfred Kanther die im Verfassungsschutz 1997 gesammelten Daten. Für ihn gehören Rechte und Linke von Neonazi-Terroristen bis zu PDS-Diskussionszirkeln in einen Topf.

Die Vorstellung des Verfassungsschutzberichts für das Jahr 1997 stand unter dem Eindruck des Schocks von Magdeburg. Kritik wurde laut, daß ungeachtet des Durchmarschs der rechtsextremen DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt der Innenminister bemüht war, extremistische Strömungen von rechts und links als gleichwertig zu präsentieren. Die SPD-Politikerin Herta Däubler-Gmelin sprach von „zwanghafter Gleichstellung“: Kanthers Aussage ist durch das Zahlenwerk des Bundesamtes für Verfassungsschutz nicht gestützt. So werden für die inzwischen aufgelöste RAF für 1997 „keine Aktivitäten“ verzeichnet; die AIZ ist „zerschlagen“; Einigungsbemühungen in der seit 1992 zersplitterten RAF-Unterstützerszene sind bisher erfolglos. Angesichts dieser organisatorischen Schwäche des Linksextremismus bereitet hingegen die Zunahme der gewaltbereiten, überwiegend unorganisierten Autonomen Sorge.

Die Aussagen zum Rechtsextremismus für 1997 sind durch die aktuelle Entwicklung, vor Sachsen-Anhalt schon in Hamburg und Niedersachsen, längst überholt: die Feststellung des BMI, die Parteien seien „zwar nach innen stabilisiert“, aber weitgehend erfolglos“, wirkt anachronistisch und ist weder durch die Zahlen des BfV noch durch die Berichte der Landesämter gedeckt. So hatte das LfV Sachsen bereits im letzten Jahr die Aktivitäten der NPD mitgeteilt (vgl. BNR 17/97). In der neonazistischen Szene wird eine Entwicklung (wie im linken Spektrum) hin zu autonomen Kameradschaften diagnostiziert. Dies wird auch als Folge des insoweit nach wie vor wirksamen Verbotes neonazistischer Organisationen und Strukturen bewertet. In dieselbe Richtung geht die Lokalisierung der stark angewachsenen rechtsextremistischen Gewalt bei Personen, die nicht in politischen Gruppen oder Parteien organisiert sind. Rechtsterrori-

stische Tendenzen werden verneint. Der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber hat hierzu andere Eindrücke vermittelt (vgl. BNR 8/98). Auch die Sicherheitsbehörden in Brandenburg verbreiten hierzu abweichende Erkenntnisse.

Die wichtigsten Kennzahlen zur Entwicklung im Rechtsextremismus:

- Organisationen: 109 (1996:108) mit einer um 7 % auf 48.400 gewachsenen Mitgliedschaft;
- Gewaltbereite: Zunahme um 19 % auf 7.600;
- Mitgliedschaft in Parteien: leicht steigend (34.800 nach 33.500 in 1996); REP 15.500 (plus 500); NPD 4.300 (plus 800); DVU 15.000 (unverändert);
- Neonazis mit 2.400 in 40 Gruppen (1996:48) stagnierend;
- Straftaten: ein Plus von 34 % auf 11.719;
- Gewalttaten: plus 27 % auf 790. (Ein Vergleich mit früheren Jahren ist schwer möglich, da - ein weiteres Mal - die Statistik umgestellt wurde und Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendungen nicht mehr den Gewalttaten zugerechnet werden).

Bei der rechtsextremistischen Kriminalität wird eine Stagnation der antisemitischen Motivation festgestellt; sie ist nach wie vor überdurchschnittlich auf die ostdeutschen Länder konzentriert: die Straftatenhäufigkeit liegt in Brandenburg vierzehnmal so hoch wie in Hessen. Breite Aufmerksamkeit wird den Aktivitäten von Rechtsextremisten in neuen Kommunikationsmedien, insbesondere im Internet, beigemessen sowie der Darstellung der rechtsextremen Subkultur: die Zahl der Skinhead-Bands ist 1997 sprunghaft um fast ein Viertel auf 70 gewachsen; dementsprechend stieg die Zahl der beschlagnahmten Tonträger auf etwa 90.000 an. Nach wie vor bedienen sich Rechtsextremisten der Vertriebs- und Agitationswege über das Ausland, insbesondere die USA, Skandinavien und Großbritannien.

Alles in allem ist auch dieser Verfassungsschutzbericht durchaus informativ und enthält reichlich Material. Allerdings wird vermutet, daß die Verfassungsschützer mehr wissen als das Bundesinnenministerium öffentlich preisgibt. Bedauerlicherweise verzichtet Kanther auch auf Wertungen, Tendenzen und Prognosen, ohne die ein Verfassungsschutz im Sinne dieses Wortes wertlos ist. Außerdem empfiehlt es sich, dem Rat zu folgen, den BfV-Präsident Peter Frisch im Bundeswehr-Untersuchungsausschuß des Bundestags gab: Sich Informationen aus dem „blick nach rechts“ zu holen.

Reiner Bach

Hintergrund

Schlierer-Partei vor Zerreißprobe

Die jüngsten Wahlschlappen haben bei den REP parteiintern zu erheblichen Querelen in der Führungsspitze geführt. Fraglich ist, ob Schlierer den rechten Flügel der Partei stoppen kann.

Infolge der Wahlschlappen von Hamburg am 21. September 1997 (Rückgang von 4,8 auf 1,8 Prozent) und nun vor wenigen Wochen in Sachsen-Anhalt, wo die „Republikaner“ mit 0,7 Prozent deutlich hinter der rechtsextremen Konkurrenz von der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und deren Ergebnis von 12,9 Prozent zurückblieben, treten Spannungen in der Partei um den Bundesvorsitzenden Dr. Rolf Schlierer (43) auf. So berichtete die Stuttgarter Zeitung über eine Parteiveranstaltung mit dem Landtagsabgeordneten Wolf Krisch (64) Anfang Mai im baden-württembergischen Rottenburg (Landkreis Tübingen). Dort erneuerte Krisch seine Kritik am Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg und Bundesvize Christian Käs (37). Zuvor hatte Krisch, der seit 1992 für die REP im baden-württembergischen Landtag sitzt, seine Vorbehalte gegenüber Käs in einem Brief mit dem Titel „Zur Lage der Partei im Wahljahr 1998“ festgehalten. Darin warf er Käs massive Versäumnisse bei der Vorbereitung der Bundestagswahl vor. „Ich will es offen sagen: Ihr Verhalten schockiert mich. Denn ich frage mich, ob Sie ernsthaft an einem Wahlerfolg auch der Landespartei arbeiten!“ Die kurzfristig geplante Listenverbindung in Sachsen-Anhalt mit der „Deutschen Sozialen Union“ unter ihrem Landesvorsitzenden in Sachsen-Anhalt, Dr. Ekkehard Birkholz, kommentierte Krisch folgendermaßen: „Das kann Dir und mir passieren, aber nicht Christian Käs, der schließlich Anwalt ist.“ In der Zwischenzeit kam der Parlamentarier allerdings einer Aufforderung der baden-württembergischen REP-Landtagsfraktion nach und trat von seinem Amt im Präsidium des Landesvorstandes zurück.

In Sachsen-Anhalt erheben die REP den Vorwurf, hohe Beträge wurden „durch die Schlierer-Führung nach Süddeutschland umgeleitet und fließen nicht in den Osten zurück“. Käs reagierte in der Zwischenzeit ebenfalls und plädierte für „mehr Flexi-

bilität im Umgang mit politischen Konkurrenten“. Weiterhin stellt der Landtagsabgeordnete Käs „Überlegungen“ an, inwieweit es sinnvoll sein kann, daß DVU und „Republikaner“ „schlagabtauschartig“ gleichzeitig und damit gegeneinander bei Wahlen antreten. Konkret könnte dies bedeuten, daß am 13. September die DVU in Mecklenburg-Vorpommern antritt und die REP in Bayern, wo im übrigen schon alle 108 Wahlkreise mit Kandidaten besetzt sind.

Käs kritisierte auch die kurzfristige Absage des für den 20. Juni in Berlin geplanten Parteitages durch den REP-Bundesvorstand. In Berlin sollte das vom Bundesvorsitzenden Schlierer vorgelegte Wahlprogramm debattiert und verabschiedet werden. Mit der Absage entfällt für den rechten Flügel der Partei um den Stuttgarter Rechtsanwalt Käs die Möglichkeit, programmatische Änderungen zu erreichen. Als Reaktion auf die Stornierung des Wahlparteitages wollte Käs ein „Alternativprogramm“ vorstellen.

■ Kurswechsel gewünscht ■

Offizielle Linie von Schlierer ist es, sich gegenüber der rechtsextremen Konkurrenz von DVU und NPD abzugrenzen. So verdrängte Schlierer 1994 seinen Vorgänger Franz Schönhuber (75) aus dem Amt des Bundesvorsitzenden, als dieser das Gespräch mit Dr. Gerhard Frey (65) suchte. In der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ erklärte Schlierer damals in einem Interview: „Ich sehe in einer Neuauflage der Harzburger Front den absoluten Untergang unserer Partei.“ Die Teilnahme von REP-Parteimitgliedern an den „Runden Tischen“ in den Jahren 1995 und 1996 – Ziel war eine Kooperation rechtsextremer Organisationen und Wahlparteien – führte verschiedentlich zu den von Schlierer wiederholt angekündigten Parteiausschlüssen. Seine Kritik an der DVU erneuerte Schlierer vor wenigen Tagen wiederum in der „Jungen Freiheit“. Die Wahlkämpfe der DVU wären „zwar mit großer Wucht und primitiven Parolen ausgestattet“. Dennoch seien sie in der Vergangenheit auch schon erfolglos geblieben. Nun aber tritt Schlierers langjähriger Vorgänger, der Populist Schönhuber, beim einstmals ungeliebten Konkurrenten und „NS-Devotionalienhändler“ Frey als Spitzenkandidat an. Die endlose Diskussion um den rechten Kurs der „Republikaner“ wird daher sicherlich, insbesondere im Falle weiterer Wahlniederlagen, so schnell nicht verstummen.

Sönke Braasch

Demokratische Initiativen**Freunde reden
tacheles**

50 Jahre nach der Staatsgründung Israels feiert Wuppertal den 20. Jahrestag der Städtepartnerschaft mit Beer Sheva.

Die großen Feiern ein halbes Jahrhundert nach der Proklamation des Staates Israel sind vorbei. Avi Primor, Israels Botschafter in Bonn, wird hin und wieder mal in seinem Amtssitz in Bonn und nicht ständig auf Achse sein. In seinem Land stehen längst die Alltagsprobleme im Mittelpunkt des öffentlichen wie des privaten Interesses, als da sind Frieden, Sicherheit, Arbeitslosigkeit, Gottes- oder säkularer Staat. Der Veranstaltungskalender der Bonner Botschaft Israels „Aktivitäten in Deutschland zum 50. Jahrestag der Gründung des Staates Israel“ ist Makulatur. In der Bundesrepublik ist landauf, landab an das historische Ereignis erinnert worden, doch zumindest in einer Hinsicht wurde etwas versäumt: Die Städtepartnerschaften traten so gut wie gar nicht in Erscheinung. Freilich gilt auch hier, daß Ausnahmen die Regel bestätigen. Am 21. Juni wird in Wuppertal groß gefeiert - mit vielen Gästen aus Beer Sheva. Sie werden aus dem Süden ihres Landes, aus der jungen, aufblühenden, bevölkerungspolitisch explodierenden Wüstenstadt kommen, um den 20. Jahrestag der Partnerschaft zu feiern, die am 29. September 1977 in Wuppertal vereinbart worden war.

1992, zum 15. Jahrestag, hatte Wuppertals Presseschef Ernst-Andreas Ziegler „Freunde reden tacheles - Der Beitrag der Städte zur Außenpolitik am Beispiel Deutschland-Israel“ herausgegeben. Dieses „politische Lesebuch“ ist heute so aktuell wie vor sechs Jahren. Freundschaften, vor zwei Jahrzehnten geschlossen, haben die Zeit überdauert und werden durch neue ergänzt. Als Ziegler kürzlich mit einer kleinen Delegation in Israel unterwegs war, konnte man diese enge Verknüpfung in vielen Familien spüren. Dabei bleiben die Besuche herüber und hinüber keineswegs den Prominenten vorbehalten. Chöre, Jugendgruppen, Sportvereine, Schulen sind mindestens ebenso begehrte Gäste wie die Großkopfeten von Rat und Verwaltung. Man wohnt bei Freunden, in der Wüste oder im Bergischen Land. Als Israel unter Sadams Giftgasschlägen litt, kamen Wuppertaler nach

Beer Sheva, um Solidarität zu bekunden. Das ist in der Wüstenstadt unvergessen.

Am 21. Juni wird diese Partnerschaft in der bergischen Großstadt im Mittelpunkt der Kommunalpolitik stehen. Johannes Rau, ehemaliger Oberbürgermeister von Wuppertal und dann nicht mehr Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, besetzt in der Rednerliste Platz eins. Dorthin gehört er auch, denn keines der 16 Bundesländer hat sich so stark zum 50. Jahrestag der Staatsgründung Israels engagiert. Die Aktion der Landesregierung „Israel - NRW 1998: Wege zur Verständigung - Neue Brücken bauen“ fand bei den angesprochenen jungen Leuten lebhaftes Interesse. Mehr als 800 Jugendliche haben 117 Beiträge eingereicht. Gefragt waren Arbeiten zum Thema 50 Jahre Israel und 60 Jahre Reichspogromnacht von 1938. Die Autorinnen und Autoren waren zwischen neun und 27 Jahren jung. Allein oder in Gruppen, als Mitglieder von Jugendorganisationen, Schulklassen und Projektgruppen aller Schulformen haben sie geforscht, Zeitzeugen besucht, Ausstellungen und Lesungen organisiert. Wer in Israel recherchieren wollte, bekam auf Antrag einen beachtlichen Reisekostenzuschuß. Schulministerin Gabriele Behler und Sozialminister Axel Horstmann hatten das Projekt angestoßen, Rau es anschließend zur Chefsache gemacht. Die besten Berichte werden in einem Buch veröffentlicht, besonders gelungene Videos, Plakate, Fotos und Zeichnungen in einer Ausstellung präsentiert. Einer der israelischen Festredner ist Mitglied der Knesseth, stammt aus Rumänien und fragte bei der Vorbereitung des Wuppertaler Festes: „Wissen Sie, woran ich am 21. Juni denke?“ Die Delegation wußte: An den Überfall der Nazis auf die UdSSR im Jahre 1941. Daran wird das Knessethmitglied am 21. Juni 1998 in Wuppertal auch erinnern - und zwar tacheles, also unverbrämt und offen, eben tacheles.

Heiner Lichtenstein

**Veranstaltungshinweis**

Ein öffentliches wissenschaftliches Symposium „In einer deutschen Angelegenheit“ findet am 23. Mai in der Universität Bremen in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Fritz-Bauer-Institut statt. Thema ist, inwieweit der 1963 begonnene Frankfurter Auschwitz-Prozeß Einfluß auf die Auseinandersetzung der westdeutschen Nachkriegs- und Gegenwartsliteratur mit dem Holocaust genommen hat. Infos: Fritz-Bauer-Institut, Frau Ritzheim, Rheinstraße 29, 60325 Frankfurt, fax: 069 / 975811-90.

NS-Vergangenheit**Schwerin und der
Grunthalplatz**

Der Erinnerung an eine Frau, die noch kurz vor Kriegsende von NS-Schergen gehenkt wurde, kommt gerade in der gegenwärtigen Situation besondere Bedeutung zu.

Zunächst fällt nur auf, daß der Platz vor dem Schweriner Hauptbahnhof nicht wie die meisten seiner Art einfach Bahnhofplatz heißt, sondern Grunthalplatz. Eigentlich kein typisch norddeutscher Name - und damit ist die Neugierde geweckt. Wie kam der Platz zu dieser Bezeichnung? Bis zur Abfahrt des Zuges war noch viel Platz. Die Verkäuferin in einem Zeitungskiosk hob ein wenig verlegen die Schultern. Eine Mischung aus Kopfschütteln und Achselzucken war die Reaktion auf die Frage, ob eine größere, recht eindrucksvolle Skulptur im Mittelteil des Platzes, die so etwas wie Liebe oder Leidenschaft darstellen dürfte, vielleicht von Grunthal stamme. Ähnlich ratlos auch andere Passanten.

„Keine blasse Ahnung“, sagte eine jüngere Dame. „Ich bin auch nicht von hier“, meinte einer, der eine Aktenmappe unter den Arm geklemmt hatte, gleich ungefragt. „Den Platz haben die Kommunisten umbenannt, also wird das wohl ein roter Held sein“, beschied ein lebenserfahrener Handwerker in einem ziemlich ausgebleichten Blaumann. Eine dicke alte Frau und ein kurzgeschorener blonder Jüngling wußten schon genauer Bescheid. „Das hat wohl mit einem schrecklichen Ereignis gegen Kriegsende zu tun, aber die Einzelheiten sind mir entfallen“, entgegnete sie. Und er ergänzte: „Hier wurden im Krieg Verräter hingerichtet.“

Bei der Beantwortung der Frage, wie der Platz zu seinem Namen kam, half das auch nicht viel weiter. Die Antwort darauf gab erst ein dunkles rechteckiges Metallschild an einem der Laternenpfähle an der Straßenseite des Platzes. Es trug die Aufschrift: „>Gott sei Dank, dann gibt es Frieden!< Für diese Worte nach Hitlers Tod wurde die Lehrerin MARIANNE GRUNTHAL, die aus Zehdenick/Havel evakuiert war, am 2. Mai 1945 von SS-Leuten auf diesem Platz gehenkt.“ Jammerschade, wenn viele Schweriner nicht mehr daran denken

oder nie gedacht haben. Mehr als bedauerlich, daß die Hinrichtung Marianne Grunthals in kaum einem der Stadtführer, die aufzutreiben waren, eine Rolle spielt. Eine Rückfrage im Rathaus ergab, daß die letzte öffentliche Ehrung für die Frau, die nur wenige Stunden vor der Befreiung Schwerins noch Opfer des bereits verblichenen „Führers und Reichskanzlers“ wurde, zum „runden Jahrestag“ 1995 stattgefunden hat.

■ **Gedenken an die Opfer
der Nazi-Diktatur** ■

Schwerin hat, wie ganz Mecklenburg-Vorpommern, ein beträchtliches Potential an Neonazis. Wenn im September die Bundestagswahlen stattfinden, wird hier auch ein neuer Landtag gewählt. In jüngsten Umfragen wurden für die rechtsextremen Parteien zweistellige Prozentzahlen ermittelt. Führende Landespolitiker halten ein noch alarmierenderes Abschneiden der Neonazis als in Sachsen-Anhalt für möglich. Im Jahresbericht 1997 für Verfassungsschutz wird die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß allein 800 der 7.600 im Bundesgebiet registrierten gewaltbereiten Rechtsextremisten aus Mecklenburg-Vorpommern mit nicht einmal zweieinhalb Prozent der Gesamtbevölkerung kommen. In letzter Zeit wurde in der neonazistischen Szene insgesamt und vor allem in der NPD ein Aufwärtstrend registriert. In der Landeshauptstadt wurde im Februar der zehnte Kreisverband der NPD Mecklenburg-Vorpommern gegründet. An der Spitze der NPD Schwerin steht ein 21jähriger. Nicht ohne Grund hatte die NPD die Stadt Schwerin in diesem Jahr zum Austragungsort ihres Bundesparteitages erkoren.

Anderenortes diskutiert man über neue Denkmäler. Sollte nicht Schwerin den Grunthalplatz zu einer Stätte des gemeinsamen Gedenkens an die Opfer der Nazidiktatur machen? Sollte man nicht manchen Wählern der Rechtsradikalen mit kurzem Gedächtnis - ob vom Schweriner Ort des Geschehens, aus Brandenburg, woher das Opfer kam, oder auch aus Sachsen-Anhalt - am Beispiel der Marianne Grunthal deutlich machen, was die geistigen Väter der Führer dieser Parteien noch vor einem halben Jahrhundert mit harmloseren Leuten als „Protestwählern“ machten und was ihre Enkel zu wiederholen nicht zögern würden, wenn es ihnen das „nationale Interesse“ wünschenswert erscheinen ließe und sie die Macht dazu hätten.

Ralf Bachmann

Aus der Szene

Aktionen pro Irak

Gemeinsames Feindbild für Rechtsextremisten ist die westliche Wertegemeinschaft einschließlich Israel.

Bundesdeutsche Neonazis und Rechtsextremisten propagieren in letzter Zeit wieder verstärkt „Solidarität mit dem Irak“. Der seit dem Golfkrieg 1991 schwelende Konflikt zwischen dem totalitären Regime von Saddam Hussein im Irak und der UNO wird - ganz im Jargon der sogenannten Neuen Rechten - als „inner-arabische Angelegenheit“ betrachtet, bei der „raumfremde Mächte“ nichts zu suchen hätten.

Federführend dabei ist die erstarkte NPD und die umtriebigen „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). In der März-Ausgabe der „Deutschen Stimme“, dem NPD-Bundesorgan, fordert der Vorsitzende Udo Voigt „Souveränität auch für den Irak“: „Wir Nationaldemokraten setzen uns zuerst für die Interessen des eigenen Volkes ein, erklären uns aber solidarisch mit all den unterdrückten Völkern im Kampf für die eigene Freiheit und Unabhängigkeit. Wir erleben derzeit eine Renaissance des Imperialismus. Der Imperialismus unterdrückt freie Völker, will sie beherrschen, nutzbar machen und ausbeuten. Wir Nationalisten lieben unser Volk, garantieren aber auch anderen Völkern das gleiche Recht, welches wir für unser Volk erneut erstreiten müssen.“

Auch die JN hatten ihre Solidarität mit den „arabischen Brüdern“ auf einer Demonstration in der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart im vergangenen November bekundet. Bei klirrender Kälte versammelten sich rund 40 Nachwuchs-Nationaldemokraten unter einem Banner mit dem Motto: „Schluß mit dem Wirtschaftsimperialisismus der Weltpolizei USA - Freiheit und Selbstbestimmung auch für das irakische Volk“. Ihr Leitspruch, adaptiert von der Friedensbewegung lautete: „Kein Blut für Öl!“. Im Vorfeld der Mobilisierung tönnte die JN im Internet: „Der junge nationale Aufbruch in Deutschland stellt sich (..) solidarisch auf die Seite des bevormundeten, hungernden irakischen Volkes“

Vorbild von NPD und JN ist der „Front National“-Führer Jean-Marie Le Pen. Dieser hielt sich im Mai 1996 „zu humanitären Zwecken“ in Bagdad auf und schüttelte Saddam Hussein die Hand.

Sympathien für Irak bekundet auch der ostdeutsche Neonazikader Michael See vom „Freundeskreis Nationaler Sozialisten/Aktion Volkswille“ (FNS/AV). In seinem nationalsozialistisch ausgerichteten Blatt „Sonnenbanner“ ist in der jüngsten Ausgabe zu lesen: „Wie in letzter Zeit jüdische und imperialistische Interessengruppen, vorwiegend aus Israel und den USA, eine aggressive Kriegshetze gegen die Republik Irak betreiben, muß unsere Solidarität mit dem irakischen Volk und seinen großartigen Führern ungebrochen sein.“

„Der schwarze Drache“ von Roman Rheinsberg, einst Mitglied der zwischenzeitlich verbotenen militanten FAP, lobt den „heroischen Widerstand“ der irakischen Staatsführung gegen die USA: „Unser Mitgefühl gehört den vom US-Imperialismus unterdrückten Völkern. Amerika? Nein danke!“

Antiamerikanisch geht es auch bei den „Fakten“ des österreichischen Rechtsextremisten Horst Jakob Rosenkranz zu: „Es ist eine Schande, daß das alte Europa, die Wiege der Kultur, von seinem transatlantischen Ableger sich die Cowboy- und Räuberbermanieren als >Zivilisation< verhökern läßt“. Den USA wird von Gerhoch Reisegger, u.a. auch Autor in der „Jungen Freiheit“ (JF), vorgeworfen, den Irak auszuplündern und dort Lebensumstände herbeizuführen, die „schlimmer sind als in einem Hunger-KZ“.

Im Zuge der antiamerikanischen rechtsextremistischen Einheitsfront wurden seit dem Golfkrieg auch direkte Aktionen durchgeführt. So berichtete etwa die JF über eine Aktion des österreichischen „Ringes freiheitlicher Jugend“, der vor der Wiener Botschaft der USA eine Mahnwache durchführte. Praxisorientiert zeigt sich die holocaustleugnende Zeitschrift „Sleipnir“. Per Anzeige werden dort Spenden auf das Konto einer Organisation namens „Hilfe für Kinder im Irak“ erbeten.

Schon beim Golfkrieg 1991 war die zersplitterte extreme Rechte in ihrer Lobhudelei auf den Folterstaat Irak und dessen Diktator Saddam Hussein geeint. Alte und Neue Rechte ergriffen lautstark Partei für den Irak und gegen die westliche Wertegemeinschaft, zu der auch Israel zählt.

Der 1991 verstorbene Neonazi-Star Michael Kühnen wollte gar in Absprache mit dem Irak eine „Antizionistische Legion“ aufstellen, die der irakischen Armee unterstellt sein sollte. Dies scheiterte dann allerdings am frühzeitigen Aids-Tod des führenden ideologischen Kopfes der Szene.

Anton Maegerle

Hintergrund

Zukunftsgerichtete Nostalgie

Die neurechten "Synergies Européennes" setzen in Wien die Serie ihrer europäischen Kolloquien fort

Nach mehr als zehn Jahren des Schweigens meldet sich Guillaume Faye, ehemals der zweite Mann hinter Alain de Benoist im GRECE, wieder zu Wort. Damals hatte er die Türen lautstark hinter sich zugeknallt, heute will er wiederum die Orientierungen für die Zukunft der "Neuen" Rechten geben. In einer demnächst erscheinenden Broschüre betreibt er eine Fehleranalyse der Nouvelle Droite und bekennt sich zu einem "Archäo-Futurismus", einer Art von Mixtur aus einem idealisierten Hellenismus und den technischen Gewittern Marinettis. Die Nouvelle Droite sei tot, es lebe die "post-noführendenouvelle-droite". Diese Generalabrechnung Fayes erfolgt gemeinsam mit einigen Kadern der Synergies Européennes, die wiederum selbst versuchen, Fayes Forderungen und Ansätze in ihren beiden jüngsten Seminaren zu berücksichtigen und umzusetzen.

Gemeinsam mit dem philosophischen Zirkel "Hélois", einer 1995 durch den futuristischen Musiker Jean-Marc Vivenza (Grenoble) gegründeten Gruppierung, führte der europäische Gesamtverband im April ein Kolloquium zum Thema "Ironie gegen political correctness" durch. Der seit Jahren der "Neuen" Rechten eng verbundene Vivenza referierte dabei über Michel Onfray und dessen Rückgriff auf die griechischen Zyniker. Ebenfalls auf der Höhe der Zeit zeigte sich der Mastermind des Projektes, der Belgier Robert Steuckers, der bei seinem Vortrag über "Strategien um die herrschenden Ideologien zu verspotten" ausgiebig auf das post-moderne Denken eines Michel Foucault sowie auf Richard Rorty zurückgriff. Es handelte sich um eine Wiederholung des bereits bei der letztjährigen Sommeruniversität gehaltenen Referats. Als weitere Referenten traten der französische Psychiater Jean-François Motte-Moitrux und der Belgier Marc Laudelout auf. Letzterer ist Herausgeber des "Bulletin Célinien", einer Monatszeitschrift, die ausschließlich dem Leben und Werk des französischen faschistischen und avantgardistischen Schriftstellers Céline vorbehalten ist.

Am 23./24. Mai schließlich knüpft die deutsche Sektion, Synergon, an ihr relativ erfolgreiches Seminar auf der Sababurg im vergangenen November an. Tagungsort ist diesmal Wien, Anlaß der 100. Geburtstag des italienischen Philosophen Julius Evola. Dieser Kritiker des Faschismus von rechts war bei seinem letzten Aufenthalt in Wien während des Zweiten Weltkrieges bei einem Bombenangriff halbseitig gelähmt worden. Der internationalen Wirkung Evolas angemessen, die nach seinem Tod 1974 eher noch zugenommen hat, ist auch ein internationales Referententeam gewonnen worden. Den Auftakt macht der römische Philosophie-Professor Luciano Arcella, ein führendes Mitglied der dortigen Evola-Stiftung, der über "Julius Evola an der Grenze des Abendlandes" spricht. Ihm folgt der Wiener Jungaktivist Martin Schwarz, auch Mitarbeiter des Darkwave-Magazins "Sigill" (Dresden), der seit einiger Zeit Internet-Seiten zu Evola gestaltet und bei diesem Treffen über die Evola-Rezeption in Deutschland spricht. Der unvermeidliche Robert Steuckers spricht über "Julius Evola und die Konservative Revolution" bevor schließlich der Ungar Alexander Barti, der dort im Sinne Evolas arbeitet, über dessen Wirkung in seinem Heimatland spricht.

Die Thematik und die intellektueller Bezugspunkte beider Kolloquien dürften das Wohlgefallen des Wiedereinsteigers Guillaume Faye finden. Möglicherweise wird er demnächst ja auch wieder aktiv unter den Referenten zu finden sein. Der Konkurrenz vom GRECE dürfte sein Wiederauftauchen indes wenig gefallen. Die Frontbildung gemeinsam mit dem Dissidenten Steuckers kann beim GRECE nur als Kampfansage aufgefaßt werden. Man darf gespannt auf die Fortsetzung sein. Sie kommt sicherlich. Demnächst in diesem Theater.

Jean Cremet



Personen

Theo Oberländer ist im Alter von 93 Jahren verstorben. Dem Vertriebenminister a.D., der 1923 beim Hitler-Putsch mitmarschierte und sich 1933 der NSDAP anschloß, wurde vorgeworfen, als Mitglied einer Sondereinheit der Wehrmacht („Nachtigall“) an Kriegsverbrechen in der Ukraine beteiligt gewesen zu sein. Gegen Oberländer, der 1960 in die CDU eintrat und Mitglied des rechtsklerikalen „Arbeitskreis Christlicher Publizisten“ war, wurde 1996 seitens der Kölner Staatsanwaltschaft wegen Kriegsverbrechen ein Verfahren eingeleitet.

Hintergrund**Ein Klassiker der Anti-Moderne**

Das publizistische Werk des italienischen Kulturphilosophen Evola ist ein Plädoyer gegen Demokratie und Gleichheit. Dem intellektuellen Rechtsextremismus dient Evola als geistige Bezugsquelle.

Vor hundert Jahren, genau am 19. Mai 1899 wurde Julius Evola in Rom geboren. Der esoterisch geprägte italienische Kulturphilosoph, der dem Mussolini-Regime in einer kritisch solidarischen Einstellung gegenüberstand, gilt insbesondere der intellektuellen „Neuen Rechten“ als politischer Klassiker. Der Chefideologe der französischen Nouvelle Droite nahm ihn in dieser Form portraittierend in sein Hauptwerk „Aus rechter Sicht“ (Bd. 2, Tübingen 1984) ebenso auf wie der „Junge Freiheit“-Stamm-Autor Jürgen Hatzenbichler in seinen Band „Querdenker. Konservative Revolutionäre“ (Engerda 1995). Rechtsextremistische Verlage veröffentlichten Neuausgaben und Übersetzungen von Evolas Werken, so etwa der Arun-Verlag „Der Tiger reiten“ und der Hohenrain-Verlag „Menschen inmitten von Ruinen“. Grund genug also, sich über den formalen Anlaß des 100. Geburtstags hinaus mit dieser geistigen Bezugsquelle des intellektuellen Rechtsextremismus etwas näher zu beschäftigen.

1928 erschien Evolas Werk „Imperialismo Paganò“ (Heidnischer Imperialismus, Leipzig 1933), worin der Autor den kulturellen Niedergang Europas beklagte, deren Wurzeln er in der antihierarchischen Haltung sah, welche auch zur Rückbildung der Kasten geführt habe. Darüber hinaus behauptete Evola die Unmöglichkeit einer demokratischen Selbstregierung und die Irrationalität des Gleichheitsgedankens, wobei letzteres sogar offen mit einer Rechtfertigung der Sklaverei verbunden wurde (vgl. S. 28). Dem allen stellte er das Plädoyer für die Rückorientierung an der nordisch-solaren Urtradition im Sinne einer sakralen Monarchie gegenüber. Insgesamt ging es dem Autor um das Wiederaufstehen eines heidnisch geprägten, hierarchisch gegliederten antiken imperialen Staatsmodells: „Wir rufen auf zu einer entschlossenen, bedingungslosen, integralen Rückkehr zur nordisch-heidnischen Tradition. Wir machen Schluß

mit jedem Kompromiß, jeder Schwäche, jeder Nachsicht gegenüber allem, was, von der semitisch-christlichen Wurzel herkommend, unser Blut und unseren Verstand infiziert hat ... Anti-Europa, Anti-Semitismus, Anti-Christianismus - das ist unsere Losung“ (S. 11).

Die Erstveröffentlichung in Italien erregte relativ großes Aufsehen und entsprechenden Unmut, allerdings weder aufgrund der Ablehnung des Demokratieprinzips noch dem Plädoyer für einen hierarchischen Führerstaat, sondern angesichts der entschiedenen Ablehnung des Christentums und dem Eintreten für das Heidentum. Evola meinte etwa, ein radikaler Antisemitismus sei nur bei gleichzeitigem Anti-Christianismus möglich. Ein weiterer Grund für die Kritik an Evolas Plädoyer waren die kritischen Bemerkungen zum italienischen Faschismus, die sich allerdings lediglich darauf bezogen, daß deren Führer „von unten gekommene Leute ohne Namen noch wahre geistige Tradition“ wären. Der Faschismus sei offenbar nicht zu interessieren für die „Schaffung einer Hierarchie im höheren Sinn, die auf rein geistigen Werten beruhe und nur Verachtung hätte für alle Befleckungen durch die ‘Kultur’ und den modernen Intellektualismus ...“ (S. 98)

■ Ideenlieferant für die Faschisten ■

Aufgrund dieser kritischen Anmerkungen stand Evola dem Mussolini-Regime ambivalent gegenüber: Einerseits erhoffte er sich eine Verbesserung der politischen Situation in Italien im Sinne seiner Auffassungen, gingen sie doch hinsichtlich demokratietheoretischer Aspekte weitgehend mit diesem konform. Andererseits mangelte es dem Philosophen beim Faschismus an einem elitären und transzendentalen Element, welches er gern durch seine geistige Wirkung im System implantieren wollte. Da Evola sich mit diesen Auffassungen in einem lagerinternen Konfliktverhältnis mit den italienischen Faschisten befand, kam es ab und zu zu Spannungen, die sich auch in Angriffen faschistischer Schlägertrupps ausdrückten. Gleichzeitig konnte Evola aber seine Positionen in regimetreuen Zeitungen wie etwa „Il Regime Fascista“ publizieren. Als Ideenlieferant beteiligte er sich auch am Aufbau der „Scuola Mistica del Fascismo“ (Mystische Schule des Faschismus), die 1930 in Mailand zum Aufbau einer spirituell und weltanschaulich geformten Ordenselite zur geistigen Führung des Faschismus gegründet worden war.

1934 veröffentlichte Evola mit „Rivolta Contro Il Mono Moderno“ (Revolte gegen die moderne Welt, Vilsbiburg 1993) sein kulturphilosophisches Hauptwerk. Darin beschreibt er den Übergang von der traditionellen zur modernen Welt als kulturellen Verfall primär über esoterische und kulturphilosophische Aspekte, beklagt diesen dabei als Verlust der transzendenten Dimension in Gesellschaft und Politik und ruft zur Revolte gegen die als Verfallsprodukt angesehene Moderne - und damit auch zur vollständigen Verwerfung von all deren Wertvorstellungen - auf. Dazu gehörte etwa auch das Prinzip der Volkssouveränität: „Die Vorstellung, daß der Staat seinen Ursprung im demos hätte und in diesem auch das Prinzip seiner Rechtmäßigkeit und seines Zusammenhalts läge, ist eine ideologische Perversion, typisch für die moderne Welt, und bezeugt im wesentlichen einen Rückschritt. (...) Und daß nachdem einmal diese Richtung eingeschlagen war, man immer tiefer sinken mußte, bis zur kollektivistischen Welt der Massen und der absoluten Demokratie, ergibt sich aus einer natürlichen Notwendigkeit, nämlich aus dem Gesetz der fallenden Körper“ (S.53f).

Zentrale These von Evolas Ausführungen war die über eine dualistische Darstellung vermittelte Ablehnung der modernen Welt zugunsten der traditionellen Welt. Demgemäß plädierte er auch hier für einen sich primär sakral legitimierenden hierarchisch gegliederten und auf dem Kastenwesen aufbauenden Führerstaat: „Die traditionale Ordnung als über das Chaos siegreiche ‘Form’ und Verkörperung der metaphysischen Idee von Stabilität und Gerechtigkeit fand einen wesentlichen Ausdruck im Kastensystem. Die Aufteilung der einzelnen Menschen auf Kasten oder andere gleichwertige Gruppen, entsprechend ihrer Natur und dem verschiedenen Rang der von ihnen ausgeübten Tätigkeiten, gemessen an reiner Geistigkeit, findet sich mit feststehenden Grundzügen in jeder höheren Form traditionaler Kultur und bildet den Wesenskern der uranfänglichen Gesetzgebung und gerechten Ordnung“ (S.123).

Zu persönlichen Begegnungen Evolas mit Mussolini kam es erst in den 40er Jahren, wobei hier das Interesse des Faschistenführers an Evolas Rassenlehre in dessen Buch „Sintesi di dottrina della Raza“ (Synthese einer Rassenlehre; deutsche Ausgabe: Grundrisse der faschistischen Rasse, Berlin 1942) den Anstoß gab. Im Unterschied zum nationalsozialistischen Rasseverständnis war das faschistische nicht ausschließlich biologisch aus-

gerichtet, betonte Evola doch auch die Bedeutung von geistigen und spirituellen Qualitätsmomenten. Insofern war sein Antisemitismus nicht rein rassistisch motiviert, vielmehr sah Evola in den Juden ein Synonym für und Wegbereiter der Moderne, was ihn allerdings auch nicht daran hinderte, sich positiv auf primitive Verschwörungsauffassungen zu beziehen. Nach Mussolinis Sturz von 1943 und dem Aufbau der „Repubblica Sociale Italiana“ bzw. der Republik von Salò schlug Evola sich auf deren Seite. Vor dem alliierten Vormarsch floh er 1944 nach Wien, wo der Philosoph bei einem Bombenangriff schwer verwundet wurde. Bis zu seinem Lebensende blieb er fortan an beiden Beinen gelähmt. 1948 kehrte Evola nach Rom zurück und ab 1949 betätigte er sich bereits wieder als Autor in rechtsextremistischen Zeitschriften.

1953 meldet sich Evola noch einmal mit einer politischen Schrift mit dem Titel „Eli uomini e le rovine“ (Menschen inmitten von Ruinen, Tübingen 1991) zu Wort. Er bemerkte im Vorwort zu einer späteren Neuauflage, es habe seinerzeit die Chance der Hausbildung einer „Rechtsgruppierung“ gegeben: „rechts, nicht im politischen, sondern auch und vor allem im idealen und spirituellen Sinne. So hatte ich es für nützlich gehalten, die Grundsätze, Werte und Hauptlinien einer Staatslehre zu formulieren, die dieser eventuellen Gruppierung dienen sollten ...“ (S.133). Inhaltlich formulierte er seine Ablehnung von Demokratie, Gleichheitsprinzip und Individualismus, heißt es doch etwa: „So ist jede Demokratie in ihrem eigenen Prinzip eine Schule der Immoralität, eine Beleidigung der Würde und der inneren Haltung, wie sie sich für eine politische Klasse ziemen“ (S.167) oder „Wer Bewußtsein und Würde als Person besitzt, kann nicht anders, als sich beleidigt fühlen, wenn, was als Gesetz für ihn zu gelten hat, ebenso für jeden anderen als Gesetz gilt ...“ (S.176). Ein ganzes Kapitel widmete Evola hier gar dem „Okkulten Krieg“ angeblichem konspirativen Wirkens hinter den Kulissen, wobei er sich sogar positiv auf die antisemitische Fälschung der „Protokolle der Weisen von Zion“ bezog, welche für ihn „viele dem Gesetz und dem Geist Israels innewohnenden Ideen widerspiegeln“ (S.326).

Verschiedene publizistische Projekte konnte er nicht mehr abschließen und 1974 verstarb er. Noch vor und nach dem Tod zeigte sich Evolas stark mythische Prägung, ließ er sich doch aufrichten, um stehend zu sterben und veranlaßte, seine Asche in einer Gletscherspalte des Monte Rosa zu versenken.

Armin Pfahl-Traugher

Grauzone**Geschäfte mit KZ-Kleidung**

Das "Berliner Auktionshaus für Geschichte" (Eigenwerbung: "The Auctionshouse in the heart of Europe") will nach Angaben seines Inhabers Jens Lau keinen Handel mehr mit gebrauchter Kleidung aus Konzentrationslagern machen. Anfang April lieferte das Berliner Auktionshaus bundesweit Schlagzeilen als bekannt wurde, daß auf einer Auktion ein KZ-Frauenkleid (Anmerkungen: Tragespuren, guter Gesamtzustand; Preis: DM 250,-) zu ersteigern sei. "In was für einer Zeit leben wir, daß es eine solche pervertierte, inhumane Versteigerungssituation überhaupt gibt", empörte sich darüber Michael Friedmann vom Zentralrat der Juden in Deutschland. Lau zog daraufhin seine KZ-Frauenkleid-Offerte zurück.

Allerdings findet sich noch weiteres Skandalträchtiges im Angebot des Berliner Auktionshauses. So gab es bis in die jüngste Zeit u.a. ein Aquarell, "lt.Einlieferangabe im KZ-Buchenwald entstanden, von Häftlingen im Geheimen gemalt" (DM 600,-) oder Briefe eines Insassen aus dem KZ Buchenwald (DM 60,-) zu ersteigern. Ferner wurden noch ein KZ-Anzug für Männer (Anmerkungen: "Jacke, Hose, je mit rotem Dreieck >Kommunist<, dazu die Mütze, Hose stark getragen") und ein KZ-Frauenkleid (Anmerkungen: "mit rotem Dreieck >Kommunistin< u. Häftlingsnummer, dazu Mütze") angeboten.

Offensichtlich will das "Berliner Auktionshaus für Geschichte" mit seinem geschmacklosen Handel aber nicht nur Geld machen, sondern ist wohl auch ideologisch mit dem braunen Sumpf verbandelt. Ganzseitig wirbt das Auktionshaus von Jens Lau beispielsweise in der Ausgabe 11-12/1997 der NS-apologetischen und antisemitischen Untergrund-schrift "Recht + Wahrheit" für sein Angebot - u.a. mit einem Plakat mit dem Ehrenkodex der Waffen-SS "Meine Ehre heißt Treue". Denjenigen, die unter dem einschlägigen Bezieherkreis von "Recht und Wahrheit" über keinen Internet-Anschluß verfügen, um sich den Auktionskatalog in ihren PC zu laden, wird offeriert: "Ein Original dieser Anzeige gilt als Gutschein für einen kostenlosen Probekatalog!"

Anton Maegerle

Urteil**Volksverhetzung**

Der 72jährige Rentner Günter Ostwald ist vom Landgericht Lübeck wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Geldstrafe von 9.000 Mark verurteilt worden. Mit ihrem Urteil hob die II. Kleine Strafkammer ein Urteil des Landgerichts Lübeck vom März 1997 auf, gegen das der Angeklagte Revision eingelegt hatte. Im vergangenen Jahr war er zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung und 5.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Das Oberlandesgericht in Schleswig hatte das 1997er Urteil aufgehoben und eine neue Strafzumessung gefordert.

Der damals selbständige Kaufmann diene offenbar als Vertriebsstelle für die „Remer-Depesche“ und die in der Schweiz erschienene Broschüre „Eidgenoss - Informationsblatt zur eidgenössischen und europäischen Besinnung“. Von beiden Hetzschriften wurden 1994 bei einer Hausdurchsuchung 4.000 Exemplare gefunden. Darin wird die Ermordung von Juden durch die Nationalsozialisten geleugnet bzw. verharmlost. Ostwald war zeitweilig bei den „Republikanern“ aktiv und hatte Kontakte zum rechtsextremen „Arbeitskreis für deutsche Politik“. Er trat bereits mit revisionistischen Statements an die Öffentlichkeit. Dabei leugnete er die Kriegseröffnung Hitlers gegenüber Polen am 1. September 1939 und verkündete 1989 in einem Inserat dazu, er halte weiteres Material zum Thema Kriegsschuld vorrätig. Bereits 1958 äußerte sich Ostwald abfällig über die Anne-Frank-Tagebücher. Bei der damaligen Hausdurchsuchung fand die Fahnder auch eine Hitler-Büste.

Das sichergestellte Material sei ihm unaufgefordert zugestellt worden. Er habe nur keine Zeit gefunden, es wegzuschmeißen, erklärte der Angeklagte. Er will die Schriften auch nicht aktiv verteilt haben, sondern lediglich ausgewählten Bekannten zum Lesen gegeben. Damit ließe sich unter Umständen eine viel größere Wirkung erzielen, als mit einer Verteilung nach dem Gießkannenprinzip, betonte der Richter bei der Urteilsbegründung. Aus dem damals beschlagnahmten Notizbuch Ostwalds wurde auch deutlich, welche umfangreichen Kontakte der 72jährige Rentner in der rechtsextremen Szene gehabt hatte.

Horst Freires

Aktivitäten

„Volksverhetzungs-
keule“

Eine Diplomarbeit lieferte die Grundlage zu einem rechtsextremen Machwerk. Die publizistische Karriere des Autors verläuft in einschlägigen Bahnen.

„Hintergründe“, Spielarten und Auswirkungen der neuen, 'demokratischen Zensur' würden „erst-mals umfassend untersucht und in den historischen Zusammenhang“ gestellt, verspricht das Buch „Die Meinungsdictatur“. Erschienen ist es 1997 im „Nation Europa Verlag“. Das Manuskript lieferte eine Diplomarbeit, die am Fachbereich Germanistik der Universität Bamberg entstanden war und dort wohl auch beurteilt wurde.

Als Jürgen Schwab zum Studium nach Oberfranken zog, wollte er Kontakte zu Gesinnungsfreunden nicht missen. „Nationaler Student sucht Wohnung oder Zimmer für das Wintersemester 1992/92“ inserierte er seinerzeit in der Coburger Monatszeitschrift „Nation + Europa“. Inzwischen hat Schwab, Jahrgang 1967, sein Studium beendet und ist nach eigenen Angaben als „freier Journalist“ tätig.

Was der Autor in seiner ersten Buchveröffentlichung auf rund 300 Seiten mitzuteilen hat - eine Kurzfassung erschien 1996 in den „Deutschen Annalen“ der „Verlagsgemeinschaft Berg“ - schmeckt allerdings ranzig. „Dem nonkonformistischen Zeitgenossen braucht nicht erklärt zu werden, daß es hierzulande so etwas wie eine Zensur gibt“, klagt Schwab im Vorwort, um es trotzdem zu tun. Entstanden sei ein „komplexes System“ aus „Instrumenten moderner Kommunikationskontrolle“ - Schwab spricht von einem „Vier-Stufen-Modell“. Demnach gebe es eine ökonomische und soziale Kontrolle, die durch Nach- und schließlich Vorzensur ergänzt würden. „Das Regime“ sei dabei „flexibel genug, um sich von Fall zu Fall zu entscheiden, ob es alle Zensurregister zieht oder mit einer Teilmaßnahme auskommt“. Als Beispiel nennt Schwab die „sogenannte öffentliche Meinung, die nicht zuletzt durch die veröffentlichte Meinung, also die Massenmedien erzeugt wird.“ Eine „Vorzensur“ sei nicht mehr nötig, „weil die Kontrollvarianten ihren Dienst bereits bestens erfüllen“.

Neu an diesen Ausführungen ist allenfalls, daß der Autor nicht alleine von „Political Correctness“ spricht, sondern „Zensur“ unterstellt, wenn etwa Verstöße gegen den Paragraphen 130 StGB - für Schwab eine „Volksverhetzungskeule“ - zu Ermittlungen führen.

Es verwundert nicht, daß Schwabs freie journalistische Karriere in einschlägigen Bahnen verläuft. 1993 war er „verantwortlicher Schriftleiter“ der Zeitung „Junges Franken“. Die Zeitung, so hieß es in einer Selbstdarstellung „schließt eine Lücke in der nationalen Publizistik“ und wolle aufzeigen, „wie sich die verhängnisvolle Politik unserer internationalistischen Volksfeinde marxistischer und liberalistischer Prägung auswirkt“. Das Blatt diente auch der regionalen „Anti-Antifa“ als Verlautbarungsorgan. Beiträge in späteren Ausgaben, die in das Mediennetzwerk der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ integriert waren, zeichnete Schwab mit dem Pseudonym „Andreas Morbach“ (= Amorbach; Stadt in Unterfranken). Für die „Junge Freiheit“ verfaßte er ebenfalls einige Beiträge. Mittlerweile geht Schwab allerdings auf Distanz zu den Berliner Zeitungsmachern. Den „Vertreter(n) einer sogenannten 'Neuen Rechten'“ wirft er „Realitätsverlust“ vor. „Naiv verhielten sich sie sich, wenn sie „auf ihr vermeintliches Recht pochen, ihren konservativen, nationalliberalen und verfassungspatriotischen Standpunkt in das Phantom einer pluralistischen Gesellschaft einbringen zu können“. Den um Reputation bemühten Autoren der JF sei zudem „eine tabufreie Diskussion revisionistischer Themen nicht vermittelbar“. Genau dafür trommelt Schwab neuerdings im „Sleipnir“ (Ausgabe 4/1997), wenngleich er seinen Kameraden Zurückhaltung in ihren Formulierungen auferlegt. „Wer sich im Rahmen der vom System gestatteten Formen politischer Wirkung zu betätigen sucht, sollte die heiklen Fragen des Revisionismus meiden, zumindest nicht dazu publizieren“, mahnt er. Das sei zwar „ein Stück Selbstzensur“. Aber manchmal müsse man dem „Zensor in gewissem Maße entgegenkommen“.

In Frankens rechtsextremer Szene ist Schwab ebenfalls fest eingebunden. Er war eines von sieben Gründungsmitgliedern des rechtsextremen „Bund Frankenland“, der Anfang der 90er Jahre entstand. Außerdem gehörte er dem „Frankenrat“ an. An dessen Tisch saßen Aktivisten verschiedener rechtsextremistischer - zum Teil später verbotener - Organisationen zusammen.

Ch. N.

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Nation+Europa“ (NE) - 48.Jg., 5/98:**

Das gute Ergebnis für die DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat nur einen knappen, aber durchaus richtungsweisenden Niederschlag gefunden. Erwartet wird jedenfalls, daß „innerhalb des patriotischen Spektrums die Karten neu gemischt werden“. Verbunden ist dies mit der erneuten Kampfansage an den REP-Führer Schlierer, gestützt auf den Kommentar des nordrhein-westfälischen REP-Funktionärs Wnendt zum Abschneiden der REP (0,7%) bei den jüngsten Wahlen („Der Schlierer-Kurs endgültig gescheitert“.) Zum Hoffnungsträger wird der Verleger Frey erkoren, dem die Aufgabe gestellt wird, „der deutschen Rechten insgesamt einen gangbaren Weg zu weisen“. Das Angebot von Schönhuber, als unabhängiger Kandidat auf der DVU-Liste für die Europa- respektive Bundestagswahlen zu kandidieren, lag im übrigen nicht vor. Schlierer wird in der Rubrik „Eurorechte im Blickpunkt“ die innerparteilich heftigst kritisierte Verteidigung des „türkischen Mädchenmörders Halim Ciftici“ („REP-Publizist“ Rustemeyer: „Der Rechtsanwalt macht den Politiker zum Lügner“) angekreidet. Schönhubers Kolumne dient ausschließlich der Selbstbespiegelung in der Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz; wird fortgeführt in einem weiteren Beitrag von Hilmar Gerber. Arg verworren wirkt Werner Baumann (= Harald Neubauer) zum Reichstagsbrand mit der These, erst van der Lubbe habe Hitler zum Diktator gemacht. Gefeierte wird als Anti-Modernist aus Anlaß seines 100. Geburtstags der italienische Kulturphilosoph Julius Evola. Neben den Dauerthemen der letzten Zeit Euro (Harald Neubauer: „Ade du schöne Mark“) und NATO werden die Akteure des kommenden Wahlkampfes Gerhard Schröder und Joschka Fischer („politischer Erbe Helmut Kohls“) unter die Lupe genommen. Schröder wird mit einem Bekenntnis aus dem Frühjahr 1989 als angeblicher Feind der Wiedervereinigung angeprangert, wiewohl er ausdrücklich auf das Einheitsgebot des Grundgesetzes abgehoben und auf das (aus damaliger Sicht vertretbare) Interesse der DDR an einer anderen als nur der territorialen Einheit hingewiesen hatte. Fischer wird vorgehalten, daß er mit drei „Wege zum Ziel“ - Schuldbekennnis, Israel-Reisen und Treuebekundungen gegenüber dem Westen - seine Regierungsfähigkeit unter Beweis gestellt habe. (khr)

„Junge Freiheit“ (JF)-13.Jg., Nr. 19,20,21/98:

Schwerpunkt des Heftes ist der Wahlerfolg der rechtsextremistischen DVU in Sachsen-Anhalt. JF-Chefredakteur Dieter Stein sieht damit auch die Stunde einer seriösen Rechten - anstelle der ungeliebten Frey-Partei - für gekommen. Wenn letztere - die schließlich nur Wut und Unzufriedenheit absahnte - schon 13 % einfahren konnte, welche Ergebnisse könnten dann erst einer real existierenden Partei zuteil werden, orakelt er. An die Union gerichtet ist der Vorwurf, daß die schließlich „jede konservative, rechte Alternative zu ihr pauschal diffamiert“ - gemeint sind REP und BFB - und dafür die radikale Quittung bekommen habe. Zu Wort melden dürfen sich denn auch Manfred Brunner und REP-Rolf Schlierer als die Vertreter der braven Rechten. Abgewatscht wird Schlierer aber gleich von Franz Schönhuber, der als JF-Interview-Partner der DVU weitere Erfolge zuweist und die von ihm mitbegründeten REP im Niedergang zu einer „Schwaben-Partei“ wähnt“ (19/98). Der Hamburger Burschenschaftler Hanno Borchert wiederum nimmt den DVU-Erfolg zum Anlaß, um für deutschtümelndes Liedgut Werbung zu machen, das von der „Deutschland-Bewegung“ des Alfred Mechttersheimer verbreitet wird. Bei der als Partei neugegründeten Initiative „Pro D-Mark“ scheint sich die JF unschlüssig, ob man die im eigenen Lager ansiedeln könne (19/98). Über „deutsche Zustände“ mokiert sich JF-Autor Thaler, gewalttätige linke Demonstranten hätten gegen die ach so friedliche NPD-Demonstration am 1. Mai in Leipzig demonstriert - wie positiv nehme sich da doch das neuerliche Einvernehmen zwischen dem Ex-Linksterroristen Horst Mahler und dem rechten Publizisten Ansgar Graw aus (20/98). Unterwanderung der Vertriebenen durch die Union befürchtet H.P. Rissmann ausgerechnet in der Kür der rechten CDU-Abgeordneten Erika Steinbach zur Präsidentin des BdV. Namentlich nicht gekennzeichnet ist der Beitrag, der die Schlamm-schlacht zwischen Franz Schönhuber und Gerhard Frey der früheren Jahre dokumentiert (20/98). Dargelegt wird das Freiheitsverständnis des Karlheinz Weißmann, der Tabuierungen, Diskursverbote unter der „Maske der Freiheit“ des „selbstvergesenen dogmatischen Liberalismus“ heutzutage beklagt (21/98). Angeprangert werden von Tito-Partisanen begangene Unrechtstaten an in Serbien lebenden Deutschen - selbstredend kein Wort von dem unfassbaren Wüten der Nazis dort (21/98), Ein wohlwollender Nachruf schließlich auf den Vertriebenenminister a.D. Theo Oberländer, dem so übel von der Presse mitgespielt worden sei. (gn)

Bücherschau

Der Begriff „Rasse“

Auch wenn sich in der wissenschaftlichen Debatte inzwischen weitgehend die Auffassung durchgesetzt hat, daß es in biologischer und genetischer Hinsicht keine Rassen gibt, spielt der Begriff „Rasse“ im Denken vieler Menschen immer noch eine große Rolle. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus sind dann die Konsequenzen entsprechenden Denkens und entsprechender Vorurteile. Um solchen Entwicklungen wirkungsvoll begegnen zu können, bedarf es einer genauen Kenntnis der Ursprünge des Rassismus.

Der Sozialpädagoge und Politikwissenschaftler Johannes Zerger zeigt detailliert, wie aus dem im Mittelalter entstandenen Begriff „Rasse“ zum ersten Mal im Zuge des spanischen Zwangsbekehrungsedikts von 1492 ein Mittel zur Ausgrenzung und Diffamierung von Minderheiten wurde. Im 17. und 18. Jahrhundert geriet durch die Entdeckungsreisen die Unterteilung der Spezies Mensch zunehmend zum Forschungsgegenstand der Wissenschaftler. Gottfried Wilhelm Leibniz übernahm als erster bedeutender Philosoph den Begriff „Rasse“. Der schwedische Naturforscher Carl von Linné entwarf 1735 die erste umfassende Systematik der Pflanzen- und Tierwelt, die noch heute der Botanik und Zoologie zugrunde liegt. In einer späteren Ausgabe seines Werks unterschied er die Menschen nicht nur nach Hautfarben, sondern beschrieb auch wertend die geistig-kulturellen Eigenschaften der verschiedenen „Rassen“. Selbst Kant äußerte in seiner Vorlesung über „Physische Geographie“. „Die Menschheit ist in ihrer größten Vollkommenheit in der Race der Weißen.“ In der Folgezeit entstanden Wissenschaftseinrichtungen wie die Phrenologie, die meinte, durch Schädelmessungen Rückschlüsse auf geistige und seelische Veranlagungen ziehen zu können.

Dem ideengeschichtlich so großen 19. Jahrhundert war es dann vorbehalten, den Begriff „Rasse“ derart mit Inhalten zu füllen, daß der Schritt nach Auschwitz gangbar wurde. Vor allem das Wirken Josef Arthur de Gobineaus und Houston Stewart Chamberlains und der starke Nachhall ihrer Gedanken vor allem im Deutschland der Kaiserzeit machte rassistische Positionen in der Politik und der veröffentlichten Meinung hoffähig und populär. Hinzu kam verstärkt nach der rechtlichen Gleichstellung der Juden 1871 und der ökonomischen und

sozialen Krise der Gründerzeit ein starkes Aufkeimen des Antisemitismus (dieser Begriff entstand übrigens erst 1879). Es sollte nicht lange dauern, bis Intellektuelle das aussprachen und forderten, was die Nazis Jahrzehnte später in grausige Realität umsetzten, nämlich die „Eindämmung des Juden“ und das „Zusammenschrumpfen des Judewesens“ (Eugen Dühring, 1881). Kein Wunder, daß dann auch schlichtere Gemüter zu solchen Schlußfolgerungen kamen wie etwa Kaiser Wilhelm II: „Die Juden sind die Parasiten meines Reiches [...] In meinem Land gibt es viel zu viele von ihnen. Sie sollten ausgeremert werden.“

Im folgenden erarbeitet der Verfasser aus verschiedenen Rasetheorien eine Definition des Begriffs Rassismus und grenzt den Rassismus von verwandten Erscheinungsformen wie Ethnozentrismus und Fremdenfeindlichkeit ab. Ferner stellt er mehrere sowohl sozialpsychologisch als auch ideologietheoretisch orientierte Erklärungsansätze namhafter Forscher für die Ursachen von Rassismus vor: Zergers differenzierte Analyse des Phänomens „Rassismus“ stellt eine kurzgefaßte, aber trotzdem fundierte Einführung in die Thematik dar.

Dietmar Adam

Zerger, Johannes: Was ist Rassismus? Eine Einführung.
- Göttingen: Lamuv, 1997, 187 Seiten, 19,80 DM, (Lamuv-Taschenbuch, 219)

**Demokratische Initiativen**

Bonn - Wahlforscher der Konrad-Adenauer-Stiftung stützen die These, daß das Vordringen der DVU in Sachsen-Anhalt nicht unbedingt ein Beweis für verbreiteten Rechtsextremismus ist, sondern die Wähler dort „besonders leicht für Protest mobilisierbar“ seien. Aufgrund eigener Berechnungen kommt eine Studie der CDU-nahen Stiftung zu ähnlichen Ergebnissen wie das Institut Infratest dimap. Allerdings wird der Anteil der ehemaligen DVU-Wählerschaft mit 26.000 (13 Prozent) etwas niedriger angesetzt als in anderen Auswertungen. Von früheren SPD-Wählern seien 12.000 zur DVU übergelaufen. Den größten Anteil machen die Wahlanalytiker der Stiftung mit 53 Prozent bei den Nichtwählern aus. Zu deren Wahlmotiv heißt es: die DVU war „die Protestpartei schlechthin“.

Das 14seitige Papier „Die DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt“ wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin angefertigt. Es enthält ausführliche Statistiken. Autoren sind Viola Neu und Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorf.

Meldungen

Inland

■ **Bad-Soden/Dresden/Cottbus** - Der „Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland“ hat Zuwachs aus den Reihen des „Deutschen Landbunds“ bekommen. Rund 50 Mitglieder des in Ostdeutschland ansässigen „Landbunds“, bekannt durch seine Großinserate in Tageszeitungen, wobei es um Besitzrückführungsforderungen geht, sollen der Brunner/Kappel-Partei auf dem Parteitag in Dresden vom 9. Mai beigetreten sein. Gelohnt wurde es dem presserechtlich verantwortlich zeichnenden Landbund-Funktionär Dieter Tanneberger durch Besetzung des Spitzenplatzes auf der sächsischen Liste des BFB-Offensive für die Bundestagswahl.

Nach Angaben von Manfred Brunner, Bundesvorsitzender der BFB-Offensive soll die Partei mittlerweile 3.000 Mitglieder zählen und in jedem Bundesland sei ein Landesverband gegründet worden. Im Computer der Bundesgeschäftsstelle in der Münchner Thierschstraße befänden sich angeblich noch die Adressen von 25.000 weiteren Interessenten. Dies teilte Brunner auf einer Partei-Veranstaltung am zweiten Mai-Wochenende in Cottbus mit.

■ **Berlin/Starnberg** - Gerhard Frey, der Bundesvorsitzende der „Deutschen Volksunion“ soll neben Franz Schönhuber auch bei Alfred Mechttersheimer angeklopft haben, ob der ebenfalls für eine Kandidatur auf der DVU-Liste zu gewinnen sei. Dies berichtete die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Der Starnberger Ultranationalist hat dem Vernehmen nach jedoch abgewunken, er wolle sich nicht an eine Partei binden. Immerhin ist Mechttersheimer, Initiator der rechtsextremistischen „Deutschland-Bewegung“ schließlich den mit Frey konkurrierenden „Republikanern“ verbunden.

■ **Bremen** - Über das Internet wird derzeit für ein Konzert der rechtsextremen Rockgruppen „Endstufe“ (Bremen) und „Torquemada 14/88“ auf der Ferieninsel Mallorca geworben. Ende des Monats soll der Auftritt in einer Diskothek von El Arenal stattfinden. Die Fäden dafür scheinen offenbar in Bremen zusammenzulaufen. Dort ist eine Postfachadresse genannt, um Karten zu bestellen. Das Plattenlabel beider Musikgruppen ist „Hanse Records“ aus Bremen. Mitinhaber ist Jens Brand,

selbst Musiker bei „Endstufe“. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften hat einige Stücke der Band auf den Index gesetzt. Ein Amtsgericht hat gegen die CD „Allzeit bereit“ einen Einziehungsbeschluss erlassen, da es den Tatbestand der Volksverhetzung als erfüllt ansah. Auf der Homepage der Bremer Plattenfirma wird auch Werbung für einen Freizeitpark auf Mallorca gemacht. In einem dieser sogenannten Freizeitparks kommt es regelmäßig zu Treffen von internationalen „Gotcha“-Anhängern. Darunter sollen auch Rechtsextreme sein.

■ **Düsseldorf** - Die „Initiative Pro- D-Mark“ des Düsseldorfer Bolko Hoffmann, Herausgeber des Aktionärsjournals „Effekten-Spiegel“, will bei den Bundestagswahlen antreten. Ziel sei es, so heißt es in ganzseitigen Anzeigen von Hoffmann in zahlreichen regionalen und überregionalen Zeitungen, „den deutschen Euro-Beitritt wieder rückgängig“ zu machen. In einem Interview mit der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ vor einem Jahr hatte Hoffmann erklärt, er könne sich vorstellen, „daß es neue Konstellationen bis zur nächsten Bundestagswahl gibt, die den Willen des Wählers auffangen“. Hoffmann war laut Recherchen des SPIEGEL den „Republikanern“ im Jahr 1896 mit seiner Werbeagentur Thersal bei der Plazierung von Wahlkampfanzeigen in bayerischen Zeitungen behilflich.

■ **Hamburg** - In der 2. Ausgabe der Neonazi-Schrift „Zentralorgan“, die auch im Internet vertreten ist und herausgegeben wird von einem „Wolf-Verlag Norddeutschland“ (Redaktionsanschrift: Hamburg, v.i.S.d.P: H.van Dam, NL-Rotterdam), feiert sich die anonym bleibende Redaktion selbst: „Das Zentralorgan scheint ... zu einem der meistgelesenen Informationsschriften des radikalen nationalen Widerstandes geworden zu sein.“ Dem steht entgegen, daß die eigentlichen Macher des Blattes, die notorischen Neonazis Thomas Wulff und Christian Worch, zunehmend an Einfluß in der Szene verlieren. Zunehmend gelingt es der NPD-Jugendorganisation, den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), anpolitisierte Jugendliche in ihre Reihen zu locken - vornehmlich im Ostteil der Bundesrepublik, in dem Wulff/Worch & Co. praktisch nicht bekannt sind und über keinen Anhang verfügen.

■ **Hamburg** - Im revanchistischen „Ostpreußenblatt“ findet sich ein Inserat der „Vereinigten Rechten“ wieder. Diese Gruppierung hat in Stuttgart ihre Bundesgeschäftsstelle und wird von Leo Thenn

sowie Mario Meurer nach außen vertreten. Thenn war 1992 Wahlkampfleiter der „Republikaner“ in Baden-Württemberg. Die Schlierer-Partei schaffte damals bekanntlich den Sprung ins Landesparlament. „Unser Ziel ist es, alle deutschen Rechtsparteien bei Wahlen zu vereinigen. Wir wollen das sinnlose Gegeneinander beenden. Dafür haben wir die notwendige Organisationsstruktur geschaffen, die es ermöglicht, bei Wahlen als ‘Vereinigte Rechte’ anzutreten.“ Diese Selbsteinschätzung wird vom Verfassungsschutz in Hamburg nicht geteilt. Die Gruppierung Thenns trage lediglich zur weiteren Zersplitterung des rechtsextremen Lagers bei, lautet die Beurteilung der Behörde.

■ **Kassel** - Für Samstag, den 6. Juni ist in Kassel eine Demonstration des REP-Nachwuchses „Republikanischen Jugend“ Hessen gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ angekündigt. Als Redner soll der baden-württembergische REP-Landesvorsitzende und Bundesvize Christian Käs auftreten. Geworben wird für den Termin auch in der rechtsextremen Monatsschrift „Nation+Europa“.

■ **Ludwigshafen** - Der rechtsextreme Szeneladen „Hehl's World“ des 28jährigen Neonazis Christian Hehl in Ludwigshafen wurde auf behördliche Anordnung hin Anfang Mai geschlossen. Zuvor war bereits der Pachtvertrag für das Ladengeschäft von der Vermieterin fristgerecht zum 30. Juni gekündigt worden. Der mehrfach vorbestrafte Hehl, er gehört nach eigener Aussage seit zehn Jahren der Skinhead-Szene an, ist nach Auskunft der rheinland-pfälzischen Landesregierung aktuelles Mitglied der „Jungen Nationaldemokraten“. In der Vergangenheit gehörte Hehl der „Nationalistischen Front“, der „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden“ und der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ an. Vergangenen Oktober (vgl. BNR 23/97) eröffnete Hehl, so sein Spitzname in der rechtsextremen Subkultur, seinen Laden in Ludwigshafen-Süd, der sich schnell zum Treffpunkt der regionalen neonazistischen Szene entwickelte.

■ **Magdeburg** - Hoch hinaus wollte offensichtlich der kommissarische Landesvorsitzende der „Republikaner“ in Sachsen-Anhalt, Andreas Krause. Der 28jährige versuchte vergeblich, von zwei Lebensmittelkonzernen 5 Millionen Mark zu erpressen. Bei einer fingierten Geldübergabe Anfang Mai wurde er jedoch von der Polizei festgenommen und sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Krause war REP-Landeschef von Sachsen-Anhalt ge-

worden, nachdem der amtierende Landesvorstand im Frühjahr von Parteichef Schlierer amtsenthoben wurde, da er nicht der vom Bundesvorstand verfolgten Strategie einer gemeinsamen Kandidatur mit der DSU Folge leisten wollte. Gegen Krause wurde jetzt ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet.

■ **Mainz** - Solidarität mit Steven Smyrek!“ fordert die Neonazi-Truppe „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene“ (HNG). Smyrek (27), so die nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes mitgliederstärkste Neonazi-Organisation in Deutschland, befinde sich seit Monaten „in den Fängen der >israelischen< Terrorjustiz“.

Smyrek sitzt seit Ende November 1997 in Tel Aviv in Untersuchungshaft. Der 1994 zum Islam übergetretene Braunschweiger muß sich wegen der Vorbereitung eines Terroraktes vor einem Gericht in Israel verantworten. Die Anklageschrift geht davon aus, daß Smyrek im Auftrag der libanesischen Terrorgruppe Hizb-Allah in Tel Aviv einen Selbstmordanschlag begehen und sich in die Luft sprengen wollte. Gegen Smyrek hat zwischenzeitlich auch die Staatsanwaltschaft in Hannover (AZ 105 JS 87366/97) einen Haftbefehl erlassen.

Schwerpunkt der Aktivitäten der 1979 gegründeten HNG ist die Betreuung von gleichgesinnten Kameraden. Die monatlich herausgegebene Untergrund-Publikation, „Nachrichten der HNG“, veröffentlicht hierzu regelmäßig eine „Gefangenenliste“. Die aktuelle „Gefangenenliste“ (April) weist neben einschlägig bekannten Holocaustleugnern wie Udo Walendy und Neonazis wie Günter Deckert (Ex-NPD-Bundesvorsitzender) und Gerhard Lauck (Führer der NSDAP/AO) sowie NS-Kriegsverbrechern wie Josef Schwammberger und Erich Priebke nunmehr auch Smyrek aus.

■ **Mannheim** - Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat gegen den Rechtsanwalt Ludwig Bock Anzeige wegen des Verdachts der Volksverhetzung erhoben. Bock (vgl. BNR 12/97) hat sich seit 1992 vor allem als Strafverteidiger des inhaftierten Rechtsextremisten Günter Deckert hervorgetan. Der 56jährige Rechtsanwalt war ehemals Aktivist von NPD und dem „Nationaldemokratischen Hochschulbund“, ist bis heute langjähriger Vorsitzender des „Nationaleuropäischen Jugendwerks“ sowie Schiedsgerichtsvorsitzender der rechtsextremen „Gesellschaft für Freie Publizistik“. Bock wird vorgeworfen, im Rahmen eines Prozesses gegen seinen Mandanten Deckert im April vergangenen Jahres einen Beweisantrag gestellt zu haben,

dessen Inhalt geeignet gewesen sei, den öffentlichen Frieden zu stören. Er hatte beantragt, prominente deutsche Politiker wie Bundespräsident Roman Herzog, Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth und Bundeskanzler als Zeugen für seine verunglimpfenden Thesen zu hören. Auch die Anwaltskammer Karlsruhe war eingeschaltet worden, die Frage eines Ehrengerichtsverfahrens gegen Bock zu prüfen.

■ **München** - Erfolg muß sich auszahlen, dieses Credo ist wohl dem Geschäftssinn des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey geschuldet. Für den erfolgreichen Mammutwahlkampfeinsatz in Sachsen-Anhalt, bei dem Frey drei Millionen Mark investiert haben soll, wird in in den Frey-Gazetten die Leserschaft um eine Spende aufgefordert, das entsprechende Formular ist bereits vorgedruckt. Ankündigt hat die DVU bereits, bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern kandidieren zu wollen. Auch für die Bundeswahlen scheint sich die Frey-Truppe jetzt gerüstet zu fühlen - wählerwirksam mit dem Ex-Intimfeind Franz Schönhuber als Zugpferd.

Ausland

■ **Litauen (Vilnius)** - Schon seit Monaten mobilisiert die extrem kirchenfeindliche und latent antisemitische „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas“ (ANSE; Sitz: Berlin) in ihrem Organ „Huginn und Muninn“ (9. Jahrgang; Untertitel: „Deutschsprachige Midgard-Zeitung für europäische Religion, Kultur und Mysterien“) für den 1. Welt-Heiden-Kongreß (World Pagan Congress), der vom 20. bis 24. Juni in Vilnius/Litauen stattfinden wird. Eingeladen sind über 100 heidnische Kulturorganisationen Europas und aus Übersee. Das traditionelle ANSE-„Fest der Leinernte“ fällt wegen deren Beteiligung am Welt-Heiden-Kongreß in diesem Jahr aus.

■ **Schweiz (Regensdorf)** - Nach knapp einjähriger Pause veröffentlicht der Zusammenschluß der Schweizer Holocaust-Leugner, die Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Zeitgeschichte (AEZ), wieder eine Nummer ihres Sprachrohrs „Aurora“. Die Doppelnummer 14/15 enthält zwei holocaustleugnende Artikel von Bernhard Schaub und von Arthur Vogt. Unter dem Titel „Die Schweiz in den Fängen der Internationalisten“ betrachtet Schaub, der gelegentlich auch in Deutschland vor einschlägigen Zirkeln referiert, die Schweiz als Ziel einer jüdischen Verschwörung. Der tiefere Grund der „Kampagne“ der „Eineweltler“ sei „eine Welt,

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Eine Regierung. Eine (Misch-) Rasse, beherrscht von Einem 'auserwählten' Volk, Ein Gott (Jahve) und Ein Kult: Das Holocaust-Gedenken. Das ist die wahre 'Neue' Weltordnung.“ Vogt behauptet in seinem Aufsatz, der „imaginäre Holocaust“ sei erst „durch den Nürnberger Prozeß bekannt (geworden). Seine Hauptpunkte sind: Der angebliche Plan zur physischen Ausrottung der Juden; die angebliche Existenz von Vernichtungslagern mit Menschentötungskammern; die angebliche Zahl von 6 Millionen jüdischer Opfer“. Der vor kurzem wegen Holt-Leugnung des Holocaust zu einer Geldstrafe von 20.000 Franken verurteilte Vogt lamentiert in einem beigelegten Flugblatt, daß man in der Schweiz „für eine nicht linientreue Meinung bestraft“ würde.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto